

Danziper Volksstimme

Die „Danziper Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig monatl. 90.— Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90.— Mk., viertelj. 270.— Mk. (freibleibend). In Pommern: monatl. 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spindhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Redaktionssitz: Die Sägewalze 13.— 100. von
Königstrasse 100. Arbeitssatz u. Wohnungsgewerbe
nach der Zeit, die 3-jähriges Reklamerecht 10.— 100.
von auswärts 100.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt.
Annahme bis 12 Uhr. — Postleitzahl Danzig 2040.
Telephon: Am Spindhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 249

Montag, den 23. Oktober 1922

13. Jahrgang

Die Katastrophe der Mark.

Das Wetter steht auf Sturm. Sonnabend erzielte der Dollar einen Kurs von 4420 Mk., während er vor dem Krug 420 Mk. gelt. Die Mark ist also um weniger als ein Tausendstel gesunken. Der Tausendmarkschein, den man heute erhält, gilt heute im Ausland weniger als das silberne Markstück von früher.

Und noch ist in der Bewegung kein Ende zu sehen. Sonnabend abend wurde im Kreisverkehr innerhalb der Banken für den Dollar ein Preis von 6000 Mk. und darüber genannt. Diese gewaltige Versteuerung der treibenden Deutschen vollzieht sich in einer Zeit, wo Deutschland an die Entente so gut wie gar keine Zahlungen zu leisten hat, wo die Leistungen nur zu erst noch einem verschwindenden Bruchteil im Gange sind und wo von dem deutschen Devisenmarkt durch die Notverordnung der Reichsregierung gegen die Devisenspekulation ein erheblicher Teil der berufsmöglichen Treiber vom Markt bereits ausgeschaltet ist.

Durch die Katastrophe der deutschen Mark ist Danzig aufs schwerste mit getroffen, da wir auch die deutsche Währung haben. Die Danziger Bevölkerung ist darum aufs innigste interessiert an den Maßnahmen, die in Deutschland zu einer Festigung der Währung beraten werden. Die Danziger bürgerliche Presse ist nun zwar mit Besserungsvorschlägen schnell bei der Hand. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ geben neben den unsinnigen Reparationspolitik der Entente dem Achtstundentag die Schuld am Zustand der deutschen Mark. Eine Besserung könne nur durch Hebung der Produktion, d. h. durch Verlängerung der Arbeitszeit, eintreten. Dabei hat die deutsche Arbeiterschaft schon mehrfach erwiesen, daß sie an Mehrleistungen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft bereit ist. Aber dem Entschluß der Arbeiter, die Produktion im Interesse der Verbesserung der Lebenshaltung zu heben, stehen leider die selbstsüchtigen Bestrebungen der Kapitalmonopolisten entgegen, die die Früchte der Mehrarbeit des Proletariats nur in ihre Taschen stecken lassen wollen. Mit Recht sprach jüngst Dr. Ang. Martin Wagner den Grundsatz aus: „Wenn der Bergarbeiter Überbeschäftigung führt, dann darf der Ertrag seiner Mehrarbeit nicht in die Tasche der Stinnes-Magnaten fließen, dann muß er der Verbesserung und Verbesserung der Produktion dienen. Und wenn das gesamte Volk Mehrarbeit leistet, dann nur im Interesse der Notleidenden, der Obdachlosen, der Hungernden, der dahinstechenden Rentenempfänger, nicht aber für Schieber und Wucherer!“

Die bürgerliche Presse hat also wahrlich kein Recht, sich über die „faulen“ Arbeiter zu beschweren und denen die Schuld an unserem Währungsstand zuzuschreiben. Wo die eigentlichen Verderber der deutschen Mark abgesehen von der Entente zu suchen sind, zeigt der „Vorwärts“ in einem Artikel, indem er die Sache der Kapitalisten und die mangelhafte Tätigkeit der Regierung beleuchtet. Das Blatt schreibt:

„So wie bisher geht es nicht weiter. Bisher wurde die ganze Last der Reparationen durch die Geldentwertung auf die breiten Massen obgewälzt. Der Großverkehr der Wirtschaft, Handel und Industrie retteten sich in die Auslandswährung. Ein Dollarstand von 100 bedeutet, daß die Preise noch auf das drei- bis vierfache ihres heutigen Standes herausgehen müssen, und daß ihrer weiteren Steigerung kein Ziel gesetzt ist, solange die Treiber gegen die Mark nicht wirksam unterbunden sind.“

Darum bedarf es unbedingt weiterer Maßnahmen zur Stützung der Währung. Die Herausgabe von Goldschatzscheinen, die einen Teil der Interessenten vom Devisenmarkt abschrecken soll, hat die Regierung beschlossen. Inzwischen aber hat der Kampf der Industrie und des Handels gegen die Devisenverordnung Formen angenommen, die ihresgleichen nur im Kampf der Rechtsbolschewisten gegen das Wiesbadener Abkommen finden. Der Zweck des Kampfes ist durchsichtig. Dieselben Kreise, die seit zwei Jahren an Maßnahmen zur Besserung der Mark beraten, aber jeden positiven Vorschlag abgelehnt haben, um sich jetzt darüber zu beschweren, man habe auf ihren Rat nicht gehört — diese selben Führer der Industrie und des Handels haben ein begreifliches Interesse daran, die Notverordnung zu unterminieren, um damit auch einer künftigen gesetzlichen Regelung von vornherein die Basis zu ausziehen. Demgegenüber ist festzu stellen, daß die Sozialdemokratie unter keinen Um-

ständen eine Milderung der gegen die Devisenspekulation getroffenen Maßnahmen zulassen kann. Eher wird Ihre Verschärfung in Betracht zu ziehen sein. Zum mindesten muß die Regierung das Recht der Beschlagsnahme solcher Devisen erhalten, die vor Erlass einer gesetzlichen Regelung gehandelt worden sind.

Aber die negativen Maßnahmen, die Unterbindung der spekulativen Kreisverkehr am Devisenmarkt haben nur dann einen Sinn, wenn ihnen auch positive Maßnahmen folgen. Eine großartige Stützungsaktion für die Mark, zu der vorläufig mit Hilfe des Reichsbankgoldes erhebliche Devisenbestände bereitzustellen sind, muß eingeseitet werden. Findet sich die Reichsbank dazu nicht bereit, so soll sie sich durch den Vorschlag Barthous in der Reparationskommission dahin befehlen lassen, daß ihr die Gefahr droht, einmal unter der Kontrolle der Entente Währungspolitik zu treiben. Dem vorzubeugen, hat das Volk ein Interesse, und es wäre unverständlich, wenn es auf seine letzte Reserve nicht im Falle der größten Not zurückgreifen sollte. Und es ist ebenso notwendig, daß ihnen eine gesunde Finanzpolitik zur Seite tritt. Die Großverdiener zahlen durchweg ihre Steuern nachdrücklich in entwertetem Geld, während dem Proletariat die Steuern mit dem Lohn oder — bei indirekten Steuern — im Warenpreise sofort abgezogen werden. Das Reich gleitet so immer tiefer in das Finanzelend hinein — und die Notenpresse deckt das Defizit mit der Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen. Das ist unerträglich.

Es ist die 12. Stunde. Findet sich jetzt nicht die Regierung zu entscheidenden Taten bereit, läßt sie sich jetzt befangen machen von denen, die ihren Besten in Dollar angelegt haben und die Papiermark dem Ruin preisgeben wollen, so verdient sie den Namen einer Rölkeregierung nicht mehr, und sie wird offen die Unterstützung bei denen suchen müssen, deren vollständlichen Interessen sie mit einem Gehenslassen der Dinge Vorschub leistet.

England gegen Frankreichs Versklavungsplan

Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, daß der neue französische Plan zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen in britischen Kreisen in Paris für unmöglich angesehen werde. Es werde gesagt, daß diese Vorschläge, die eine Allierten-einnahme in die deutschen Finanzen und die deutschen Regierungsbefugnisse bedeuten, allen bisherigen Vereinbarungen zumüdaufen und die Nebennahme der deutschen Finanzen durch die Alliierten bedeuten würde. Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ erwirkt unverzüglich den Rücktritt Bradburys von seinem Posten in der Reparationskommission als Folge der Antwort der französischen Regierung auf seinen Vorschlag, Deutschland ein Moratorium zu gewähren. Bradbury sei überzeugt, daß die Ablehnung seiner Vorschläge und die Annahme der französischen Gegenvorschläge so katastrophale Folgen für ganz Europa haben würde, daß er sich verpflichtet fühlt, nachdrücklich jede Verantwortung für das, was dadurch bewirkt würde, abzulehnen.

Polnische Faschistorganisation.

Das polnische sozialistische Organ „Robotnik“ veröffentlicht Erklärungen über eine Organisation der polnischen Nationaldemokratie, die deutlich auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg und Pogrome gegen alle anderen Nationalitäten hinweisen. Das Blatt schreibt: Geheime Stoßtruppen der Chjena (christliche nationale Einigkeit — polnisch nationale Demokratie). Vorbild dieser Partei ist die russische „Schwarze Hundert“. Die Chjena möchte den italienischen Faschismus Mussolinis nach Polen verflanzen. Die Chjena hat darum so leidenschaftlich für die Regierung Korantys gekämpft, daß sie in ihm die Verkörperung des Faschismus sieht. Da es aber zu einer solchen Regierung nicht kam, so haben die Stoßtruppen Korantys zunächst in Oberösterreich ihre Arbeit gelöst. Doch diese Arbeit wird jetzt auf ganz Polen ausgedehnt. An der Spitze stehen bedeutende politische Persönlichkeiten aus der Chjena-Gruppe, die als Werkzeug hauptsächlich entgleiste Männer und Frauen jeder Art, die demoralisiert sind und die sich gut bezahlen lassen, gebrauchten. Patronen dieser Faschisten sind ehemalige Generäle, die wegen ihrer reaktionären Bestimmungen bekannt sind. Der Chjena geht es nicht nur um die Wahlen, es wird etwas vorbereitet, um eine abermalige Wahl für Judentum unverhütblich zu machen.

Der „Robotnik“ veröffentlicht dann die Erklärungen der Organisation, aus denen der reaktionäre Charakter und der militärische Charakter deutlich ersichtlich sind.

Die Mordpläne gegen den Reichskanzler.

In der Mordplan-Angelegenheit gegen den Reichskanzler wird gehen die Vernehmungen weiter. Der in Hagen Verhaftete, der die ersten Angaben über das Bestehen eines Komplotts gegen den Reichskanzler macht, ist Sonnabend nach Berlin übergeführt worden. Auch der Oberrechtsanwalt Mayer, der die Leitung der Untersuchung in die Hand genommen hat, traf Sonnabend in Berlin ein. Bald nach seiner Ankunft vernahm er den Verhafteten. Dabei wiederholte dieser seine in Hagen gemachten Angaben, daß er von anderen Personen zur Ausführung eines Attentats auf den Kanzler angestiftet worden sei. Dies war im allgemeinen das einzige Ergebnis der ersten Vernehmung, die fortgesetzt werden wird. Die Beamten der politischen Polizei sind im Augenblick noch mit der Prüfung der Angaben des Verhafteten beschäftigt, dessen Angaben keineswegs zweifelsfrei erscheinen. Ungetilgt ist auch noch der von uns bereits angekündigte zweite Fall, dem die Polizei ebenfalls nachgeht.

Der Oberrechtsanwalt hat alle zuständigen Stellen, das Reichs- und Staatskonsistorial für die öffentliche Ordnung und die politische Abteilung des Polizeipräsidiums aufs strengste verpflichtet, keinerlei Einzelheiten über die mit aller Energie fortgeführte Untersuchung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Clond George verteidigt sich.

Clond George erklärte in einer Rede vor der Versammlung der Koalitionsliberalen in Leeds, in der er die Politik seiner Regierung rechtfertigte und das Land vor den Gefahren einer extrem konservativen Regierung warnte, u. a.: Im Carlton-Klub sei das Banner der Parteikämpfe gehisst worden. Die Kombination, die zum Siege im Kriege verholfen habe und die aus den Schwierigkeiten heraus allmählich, aber sicher zum Frieden führte, sei beendet worden, weil eine Partei daraus nicht genug herauszuladen konnte. Das englische Volk müsse entscheiden, ob die Partei oder die Nation an erster Stelle komme. Er trete für das Volk ein. Die Regierung habe im Kriege ihr Bestes getan, um die Einigkeit im Lande unter den Streitkräften zu fördern. Auch im Frieden habe er etwas geleistet. Der Vertrag von Versailles sei heute die Freiheitsurkunde geworden für Millionen von Menschen. Die ersten Bestimmungen des Versailler Vertrages hätten den Völkerbund errichtet. Die Militärdienstpflicht in Mitteleuropa bestrebe nicht mehr. Das Kaiserheer, wohlb das größte der Welt, das den Horizont in Europa wie eine Gemisterwolke verbündet, sei verschwunden. Die Demokratien anderer Länder würden nicht fortfahren, die Kosten der großen Rüstungen zu tragen, wenn sie Mitteleuropa von diesem Druck befreit seien.

England bleibt das einzige Land Europas, das sein Budget vollkommen ausgeglichen hat. Die Zerstörung der Koalition, die den Handel und Kredit Englands wieder hochgebracht habe, sei ein Verbrechen gegen die Nation. Ohne das Rüstungskomite Balfours mit den Vereinigten Staaten wäre eine riesige erdrückende Vermehrung der Steuern eingetreten. Monat Lam habe sich in die Lage eines Kellers gebracht, der das Pferd nicht am Hals, sondern am Schweife halte. Die reaktionären Weuterer, die im Carlton-Klub dominieren hätten, würden, wenn sie bei den Wahlen eine Stimmenmehrheit erzielen — und es sei aufrichtig besorgt wegen des Ergebnisses der Wahlen —, ihr extremes Problem durchzuführen wollen. Das würde zu einer Stärkung der auf den Umlauf gerichteten Elementen führen und könnte katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Im Geschäftsausschuß der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beteiligte Jouhaux - Frankreich Einführung, der deutscher Sprache als gleichberechtigte Umsprache. Nach einer längeren Debatte, in der sämtliche deutschen Delegierten und die tschechoslowakischen, schwedischen und englischen Arbeitervertreter für die Einführung der deutschen Sprache eintraten, wurde sie mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Sprung ins Wasser.

Ein Bildspiel vom Untergang des Kreuzers „Mains“.

Um ersten Kriegsmonat, am 28. August 1914, fand in der Hölle der Nacht das erste Treffen zwischen deutschen und englischen Kriegsschiffen statt. Dabei kam es zu einem schweren Kampf, bei dem die deutschen Kreuzer bis auf „Grauenlob“ und mehrere Torpedobootsunterstützer, die überlegenen englischen Kräfte aber auch schwere Verluste hatten. Der Kommandant des „Mains“, Kapitän zur See Paulsen, war kurz nach Eröffnung des Gefechts schon gesunken. In seine Stelle trat der rangältere Offizier: der Kapitänleutnant Tholenz. Von Beginn des Gefechtes hatte Herr Tholenz schon eine fraktale Ansprache an die Besatzung gehalten und aufgefordert, daß keos auf dem Posten zubleiben und sehr „stills“ bis zuletzt zu tun habe. Zwölfste Graden sollten dengenigen treffen, der nicht seine Pflicht bis zum Tode erfüllen würde. Diese Bedrohung wirkte auf die Mannschaft kräftig.

Unter schwerem Feuer der Engländer liegend, wurde die „Mains“ dort mitgenommen. Schließlich waren noch zwei Schiffe kampfbereit. Die „Wandwölfe“ und einige Flugzeuge hielten noch an den Felsenfesten auf. Zahlreiche Verwundete und Tote bedeckten das Boot. Der Kommandant Tholenz, der kurz vorher noch begeistert zur letzten Offiziersversammlung aufgerufen hatte, nahm sich eine Schwimmweste, stieg an einem der noch kampfbereiten Schiffe vorbei nach unten und sprang als einer der ersten über Bord, um sich nachher von den Engländern austischen zu lassen. Der Kommandant, der alten Feuerabend an folgte nur als letzter das Schiff verlassen durfte, war einer der ersten, die, vor feindlichem Feuer fliehen, ihr Leben in Sicherheit zu bringen versuchten. Ein englischer Geschütz feuerte später an der sinkenden „Mains“ auf und nahm alle Überlebenden, 230 an der Zahl, auf. Kapitänleutnant Tholenz, der nur an dieser einen Kampftag teilgenommen hat, wurde Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse und für seine Verdienste zum Aeronautenkapitän befördert.

Auf diese Tatsachen, die durch zahlreiche Zeugenaussagen richtig erkannt wurden, hegte sich der frühere demokratische Reichsbundesgesandte Dr. Erwee, als er in einer öffentlichen Versammlung im Städtischen Schlosshof, kurz nach dem Zusammenbruch, den Nachweis führte, daß nicht der Dolchstoß der Kaiserin in den Rücken der kämpfenden Wehrmacht das Unglück verschuldet, sondern manche Offiziere auch ein leichtes Spiel gegeben haben.

Doch untere Fakten läßt derartige der Wahrheit entsprechende Ausführungen nicht ungekrönt durchgehen. Dr. Erwee wurde wegen Bekämpfung des Terrorzirkus im allgemeinen und des Kapitänleutnants Tholenz im betreffenden vor der Städter Bürgerversammlung angeklagt. Dr. Erwee erklärte bei seiner Vernehmung, er habe in der Versammlung nur gefragt, daß ein jüngerer Offizier im Seegefecht bei Belgoland am 2. August 1914 als einer der ersten Offiziere über Bord getrieben sei, obgleich noch zwei Schiffe gesetzlos waren und sich noch Mannschaften und Bewaffnete an Bord befanden. Er habe weder den Namen des Schiffes noch den Offizier genannt. Nach der Bekündung eines Kapitänleutnants war es dem entwenden Offizier jedoch klar, daß es sich um den kleinen Kreuzer „Mains“ und dessen ersten Offizier handele. Der Nebenkläger Tholenz gab nun ein Bild der Vorgänge an Bord während des Gefechts. Die Zeugenaussagen gaben von den Vorgängen ein widersprechendes Bild. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Herabsetzung des Anschlags des Beauftragten in der öffentlichen Meinung fallen. Wegen formeller Bekämpfung des einzelnen Offiziers beantragte er eine Geldstrafe von 500 M. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 M. und Freiung der Kosten des Verfahrens. Dr. Erwee wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Wohnungsbaugabe von 1500 Prozent der Friedensmiete?

Das Reichsarbeitministerium unterbreitet dem Wohnungsausschuß des Reichstages eine Dechirur, die eine Erhöhung der Wohnungsbaugabe um rund 150 Prozent der Friedensmiete neben der bisherigen Abgabe vor sieht. Die 150 Prozent würden zwischen Landern und Gemeinden zu teilen sein. Von dieser Abgabe würden nur 1000 Wohnungen gebaut werden können, während der Bedarf laut das nächste Jahr mindestens 15000 beträgt. Eine weitere große Preissteigerung der Baukosten würde natürlich auch diese Berechnung über den Haufen werfen.

Aus russischer Kriegsgefängenschaft.

Zwei Anreden von Ella Brandstrom.

Auch in der lachterlichen Söhne des deutschen Kriegsgefangenen in Russland wohnen Traur und Humor dicht beieinander. Ella Brandstrom, der Mutter der Kriegsgefangenen, auch, daß bei den Deutschen Verhandlungszentrale für Politik und Weltgeschichte in Berlin erschienen ist, bringt zum Blutwirken an einigen, ganz wenigen Sätzen ein paar Richtpunkte, die das unangenehme und traurige Drama ihres Sohnes der russischen Gefangenenschaft erheben.

Ein langer Zug rollt in die Stationen, und aus den aufgetretenen Türen springen die Kriegsgefangenen unter den Pfeilen herunter. Bauern und Bauerinnen geben zum um die Gefangenen herum, sie klatschen und lachen und kommen näher. Zum erstenmal seien sie verwogene. Aus der Zeitung hat man ihnen die Beschreibung dieser schrecklichen „Germania“ vorgelesen, auch hat der Weinhändler über diese Wohnen gesprochen. Es ist sehr spannend, sie wäre wirklich zu leben. Immer näher und näher rückten die Bauern an die Gefangenen heran. „Wie sonderbar ähnlich sie uns sind!“ Sie wagen sich wieder ein Zuhören vorwärts. Möglich wäre ein Bauer einen scharfen Entschluß, vorstreichlich ist es die Freude eines Gefangenen und stark, alle Männer — es ist kein Opfer an der Ewigkeit, wie man von den Deutschen behauptet hat. Sie aufgelockerten unter der Weinhändler etwas bejubeln aus, für die anderen war es eine angenehme Unterhaltung.

* * *

Für Gefangene, die früher keine praktische Arbeit verrichtet hatten, war die erste Fahrzeit mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Einmal unterhielten sich zwei Bauern über ihre deutschen Belangen, die sie für frastig, leidlich und gut hielten. „Wer darum sind sie“, sagte der eine Bauer, „ich habe einen, der erzählt, er sei zwölf Jahre in

Ja, Wohnungsbauobligo schlug Abgeschrägter Baar (Darmstadt) vor, die Kreise und Gemeinden zu verpflichten, eine bestimmte Zahl von Wohnungen durch Ausbau von Dachgeschossen, durch Teilung großer Wohnungen und durch Herabsetzung jüngster geeigneter Wohnsiedlungen zu schaffen.

Abgeschrägter Oberstaat (Bonn) meinte sich gegen diese Belastung der Gemeinden und rügte ferner, daß man die Abgabe auf einmal um 1500 Prozent erhöhen wolle.

Abgeschrägter Oberstaat (Bonn) erklärte 500 Prozent für annehmbar.

Reichsarbeitminister Braun erwiderte, einen höheren Preis für die Erhöhung um 1500 Prozent arbeite es nicht.

Die 4 Abgeordneten des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums machen Mitteilungen, was bisher gegen die Bauhoffreizeitung geschrieben sei. Ihre Ausschreibungen sind sehr pessimistisch.

Abgeschrägter Gustav (Deutschland) beweist, daß die Wohnungsnutzung wirklich so groß sei. Er will erst eine Reihung über den Umfang der Wohnungsnutzung erwarten. Abgeordneter Silbermann (Bonn) bestreitet den Verlauf der Debatte als erschöpft. Die Sozialdemokratie werde einer großen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe nur zustimmen können, wenn sie die Gewahr habe, daß der Bauaufsichtsrat unterbunden werde. Die Ausführungen der Regierungsvorsteher zumal des vom Reichsernährungsministerium seien willkürlich.

Der Deutschnationale Peopole verlangt sofort Spezialbefreiung für die mit öffentlichen Ressourcen vergebauten Bauten. Die Abstimmung über den Vortrag der Regierung wurde einstweilen ausgestellt.

Amerikanische Petroleumkonzeßion in Sowjetrußland.

Herr Dan, der Präsident der International Standard Corporation, der großen amerikanischen Petroleumfirma, ist wie die „Akte Rabine“ berichtet, auf der Rückreise aus Moskau in Paris eingetroffen. Er erklärt einem Vertreter der „Chicago Tribune“: „Amerika wird die Bedeutung des großen Petroleumbezirks Palu mindestens für fünfzehn Jahre beherrschen als das Ergebnis meines Vertrags mit der Sowjetregierung. Der Vertrag besteht vor allem auf die kaspischen Petroleumfelder, die noch niemals ausgebeutet worden sind, die aber 80 Prozent des gesamten Petroleumgebiets in diesem Bezirk umfassen. Ich hätte den Vertrag nicht geschlossen, wenn es sich auf das frühere Element der Standard Oil, Royal Dutch Shell und anderer Firmen bezogen hätte, das inzwischen sozialisiert ist. Ich hoffe, daß der Standard-Vertrag auch für diese Gruppen den Weg zu einer Verhandlung mit der Sowjetregierung eröffnen wird.“ Herr Dan ist der Meinung, daß auch die amerikanische Regierung gegen seinen Vertrag mit der Sowjetmacht keine Einwendungen erheben wird, und daß seine Firmen binnen fünf Monaten bereits Petroleum in dem Konzessionsgebiet fördern wird.

So geht die Ausdehnung der russischen Naturölzone ununterbrochen in die Hände des ausländischen Kapitals über.

Zusammendruck der französischen Kommunistischen Partei.

Die Tagung der Kommunistischen Partei hat ihre Arbeiten beendet. Voillant-Couturier verfaßt einen Antrag auf Errichtung eines Schiedsgerichts in Moskau. Tommasi erschrie im Namen der anarchistischen Partei, die Versprechungen der Partei ließen die Annahme eines Schiedsgerichts nicht zu. Das bedeutet einen Bruch zwischen Genftrum und der Linken und in Wirklichkeit einen Bruch zwischen der französischen Kommunistischen Partei und der Moskauer Internationale.

Da außerdem die Macht tags zuvor ausgeschlossen wurde, bedeutet dieser Kongressauftang den Verfall der APP, in drei Teile. Dies wird jedoch am politischen Kursus der Welt nicht viel ändern, da die ganze transalpine Kommunistische Partei, die zuletzt im ganzen keine 75 000 Mitglieder zählte, sowieso das reinste Kaliversetzte war.

Der schwäbische Marx.

Die sowjetischen Moskauer „Sowjetia“ beanstanden, daß der Staatsvertrag ein „Marxistenkreis“ heraufgegeben

hat, welches eine kommunistische Sammlung von Menschen aus den Werken von Marx und Engels herstellt. Das Kreisvier sei ausgesprochen schädlich, da es „Verrottung in den Köpfen unvorbereiteter Leute anrichten könnte.“ Das Wort erwidert als Gegenpart, daß die Theorie von Marx der Staat sei eine Organisation der Besitzenden gegen die Besitzlosen, ohne einschrankende Erziehung abgedruckt worden sei.

Hardings Wünsche für Deutschland.

Präsident Harding schrieb dem deutsch-amerikanischen Ausschuß für die Reise der 1888 erfolgten Einladung von German Town bei Philadelphia durch desselben Wennoull, er wünschte, es wäre ihm möglich, die Einladung zur Reise anzunehmen und sich der Ausbildung für die ersten deutschen Pioniere in Amerika anzuschließen. Er sei angeblich berührt davon, daß Amerika mit dem großen deutschen Heimatlande wieder in Frieden lebe und möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die demokratische Bewegung Deutschlands die Segnungen bauenden Freiheits- und Gedächtnisse bringe, die die ganze Welt sehr brauche.

Die Orientkonferenz in Konstantinopel.

Die Vereinbarungen zwischen London, Paris und Rom über Einberufung der Orientkonferenz nach Konstantinopel sind fast abgeschlossen. Die Frage der Menschen soll getrennt behandelt und Australien, Serbien, die Ukraine und Bulgarien sollen zu diesem Teile der Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Rumänien, Südballien, Griechenland und der Türkei mit eingeladen werden.

Die Zurückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen. Nach einer Meldung aus Washington hat Brigadefeldmarschall Weeks erläutert, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein würden wahrscheinlich zu Beginn des Winters aufgelöszt werden.

Stefan Burian, ehemals habsburgischer Außenminister, ist in Wien, 71 Jahre alt, gestorben. Ihm unterstand seinerzeit als Reichsfinanzminister das „Reichsland“ Bosnien-Herzegowina, und als der von seinem Vorgänger am Wallplatz, dem Berthold, verbrecherisch entflammte Weltkrieg umschlug und Karl Friedensbettelei bei Clemenceau anging, zögerte Burian verantwortlich die Außenpolitik und erließ dann auch jene offiziellen Friedensmanifeste, die nichts mehr nützten.

Europäische Großindustrie in Russland. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: Donnerstag sind in Moskau Vertreter der deutschen, schwedischen und tschechoslowakischen Schwerindustrie, darunter Direktoren der Firmen Krupp, Rheinmetall, Linke, Hoffmann und Vertreter der Firma Lokomotivfabrik Hohenstein, Orenstein u. Koppel, auch Vertreter der Deutschen Bank eingetroffen.

Kampf um den Achtstundentag in Frankreich. Die Eisenbahner Elsass-Lothringens haben in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Verkürzung des Eisenbahntages und gegen das Dekret über die Abschaffung des Achtstundentages protestieren.

Amerikanische Hilfe für die griechischen Flüchtlinge. Nach der „Chicago Tribune“ haben die Leiter des Auslandsdienstes des amerikanischen Roten Kreuzes, die sich zurzeit in Paris aufzuhalten, aus Washington die Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten sofort für Unterhalt und Wohnung der 800 000 griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien und Thracien Sorge tragen würden.

Die Hungerknot in Russland. Wie „Chicago Tribune“ aus New York berichtet wird, müssen diesen Winter 8 Millionen Russen unterstellt werden. Für 8 Millionen habe die Sowjetregierung die Hilfe des amerikanischen Hilfskomitees erbettet.

Die Schule gegangen und habe sechs Jahre die Universität besucht und trotzdem kann er nicht einmal ein Studium befreien. — — — das war ein Dozent aus Jena. — Ein Student lebte als Schwesternkind bei einem Onkeln, durch Suizid wurde er von einem Unbekannter „entdeckt“ und als Mord- und Bruchlehrer in dessen Haus genommen.

Die Gefangenen arbeiten oft in so kleinen Gruppen, daß die Bewohner durch die Gebäudemiete fortfließen, und nur der Wacker verantwortet die Verantwortung für sie trug. Sie wurden mit die russischen Arbeitnehmer gehalten, und nur der Friedenszeit viele dieser häuerlichen Häftlinge gewannen es den europäischen Gefangenen schwer, sich in die Verhältnisse zu finden. Doch glücklich dieser Wackel durch die Gutwilligkeit aus, mit der sie, gewöhnlich behandelt wurden. Sie wohnten mit dem Bauern und seiner ganzen Familie zusammen, häufig sogar in der gleichen Stube, im Winter in Gemeinschaft von Hühnern, Kühen und Sämmern. Es kann also aus einer Sicht, die Mutter vollständig das jüngste Kind mit Essen, das sie vorgesetzt hatte. Die Meinlichkeitlich ist dies zu menschen übel, sogar dann noch, wenn Epidemien ausbrechen. Da solchen Räumen verlorenen die Schwestern weitaus mehr Zeit als die Männer zum Waschen und Essen bei den Bauern durchzuhalten, erhielten aber immer die schlechteste Antwort: „Es geht doch nie etwas.“

Eine russische Panzerfront sucht einen kriegsgefangenen Feind auf und erobert ihm bedroht, sie hätte einen ungarnischen Kriegsgefangenen im Hause gehabt, und legt erwarte sie ein Stud. Der Feind fragt sie teilnehmend, ob sie ihren Mann auch erwarte. „Ach ja, Herr Doktor, er wird wohl kommen, doch das ist nicht so einfach. Aber was soll ich machen? Wenn das Kind zur Welt kommt, wird es nur ungern sprechen, und davon verstehe ich ja kein Wort.“

Eines Tages kommt ein Seelerrichter ins Lager und erzählt den Kriegsgefangenen, daß er einer russischen Bäuerin seit einem Jahr die Wirtschaft geführt habe, während der

Mann im Felde stand. Doch müsse er aber schleunigst weggehen, denn der Mann komme zurück und werde einen zweijährigen Junge finden. Mit großer Mühe gelingt es dem Lagerältesten, dem Jungen eine andere Arbeitsstelle zu verschaffen. Einige Tage nachher wird er aber von dem russischen Bauern aufgesucht und eindringlich nach Josef gefragt. Seine Versuche, ihn zu beiseitigen, blieben erfolglos, und um ein Unheil zu verhindern, begleitet er ihn persönlich zu der neuen Arbeitsstelle des Josef. Der drüstliche, muß sich aber schließlich doch zu erkennen geben, worauf der Russ auf ihn aufmerkt, ihn umarmt und auf beide Waden führt: „Wie soll ich dir danken für alles, was du in meiner Wirtschaft getan hast; die Schweine sind die, die Kühe sind gesund, vier Kühe sind da, und, weißt du, der Junge ist prächtig!“

Eine Million Worte drahllos täglich. Die neue französische Dunkelstation von Sainte Anne bei Paris, die täglich eröffnet wurde und den Aufzug der größten Dunkelstation für sich in Anspruch nimmt, kann fünf bis sechs Nachrichten an gleicher Zeit weitergeben, und zwar eine durchschnittliche Menge von 100 Worte in der Minute bei jeder Nachricht. Danach ist also Sainte Anne imstande, 36 000 Worte in der Stunde zu senden, und es ist ihr also möglich, eine Million Worte am Tag weiterzugeben. Die Station wird hauptsächlich den diplomatischen Verkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten vermitteln, doch hat sie auch bereits die drahllose direkte Verbindung mit Argentinien und China aufgenommen.

Der „Wahrer Jakob“ unter Auflage. Die württembergische Justiz setzte den „Wahrer Jakob“ unter Auflage, weil er so direkt war, in einem Bild der Nr. 930 die letzten Folgerungen des Schutzes des Rechts für die Monarchie der Tat drastisch darzustellen. Die Polizeibehörde, der die Nummer seinerzeit vorschriftsmäßig vorgelegt wurde, hat an dem Bild nichts Staatsgefährdendes gefunden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärte in dem Bild einen Strafantrag gegen den Verfasser § 150 des Strafgebiets (Aufreisung zum Klassenhass usw.).

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 249

Montag, den 28. Oktober 1922

13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Rüstet zur Revolutionsfeier!

Wieber jährt sich der Tag, an dem das deutsche Volk seine eigenen Geschicks wurde, nachdem die schuldigen an dem Zusammenbruch, die Hohenzollern und Rubendorff ins Ausland geslochen waren. Trotzdem feiern wir diesen Tag nicht in jubelnder Freude. Die verbliebene Hauptpolitik unserer Feinde und die wirtschaftliche Not im Lande zwingen uns, diesen Tag zu einem Gelöbnis zum weiteren Kampf für Sozialdemokratie und Völkerverständigung zu halten. Unser Geist soll prüfen, was wir vollbracht und was wir noch zu tun haben. Unsere Herzen aber sollen erfüllt werden mit neuem Kampfesmut, neuer Begeisterung.

Die Sozialdemokratische Partei Danzigs plant für den 9. November eine große künstlerische Fete im Werkstattlehns. Das Programm weist einige der bedeutendsten Werke der Musikkultur auf, u. a. Tschauder's gewaltige Symphonie „1812“, die „Möbedpiere-Ouvertüre“ und die melodische „Peer-Gynt-Suite“. Zur den Konzertteil sind Übermusikmeister Stieberly und seine Kapelle gewonnen. Das reichhaltige Programm steht ferner Belangsvorträge, Rezitationen und Festrede vor. Trotz der hohen Ausgaben infolge der künstlerischen Ausgestaltung der Fete ist der Eintrittspreis auf 20 Pf. festgesetzt. Karten sind zu haben bei allen Funktionären, im Parteibureau und in der Geschäftsstelle der „Volksstimme“, Am Spindhaus 8.

Erhöhung der Militärenten.

Das Hauptversorgungsamt teilt uns mit, daß den Militärentenempfängern infolge Erhöhung der Leistungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. die doppelten Beträge ihrer bisher ausständigen laufenden Versorgungsgebühren zu gezahlt werden. Für diese Erhöhung der Bezüge kommen alle Militärentenempfänger bzw. deren Hinterbliebene in Frage mit Ausnahme a) der Empfänger, deren Gebührenliste auf Stammkarten angewiesen sind; b) der Empfänger von Gebührenlisten nach dem Kapitulantenschildungsbesuch; c) der Hinterbliebenen der Oberklasse, die nach dem Penitentiärgesetz versorgt sind; d) die chemischen Kapitulantens und deren Witwen, die Ausgleichszuschüsse an ihren Versorgungsgebührennissen beziehen.

Die Zahlung der erhöhten Bezüge erfolgt durch die bisherigen Zahlstellen (Pon., etc.) und zwar kommt Ende Oktober d. J. eine Nachzahlung in Höhe des für Oktober zuvor gerechneten Betrages und das Doppelte dieses Betrages für November, zuzuwenden also der dreifache Monatsbetrag der bisherigen Gebührenliste zur Auszahlung. Für den Monat Dezember d. J. und die folgenden Monate wird laufend das Doppelte der alten Bezüge gezahlt. Die Rentenempfänger haben daher bei der Zahlung Ende Oktober d. J. eine Quittung über den doppelten bisherigen Monatsbetrag und bei den späteren Monatzahlungen solche über den doppelten Betrag obzugeben. Der bei der Verdreifachung kam Verdonkelung sich ergebende Gesamtbetrag ist auf volle Mark noch oben abzurunden. Empfänger, deren Versorgungsgebühren erst mit Rostitzbeginn 1. 11. 22 empfießen sind, erhalten Ende Oktober nur den doppelten Monatsbetrag. Soweit diesen Empfängern schon seit Oktober d. J. laufende Gebührennisse auftreten, wird der Unterschiedsbetrag Anfang November d. J. durch einmalige Anwendung zahlbar gemacht werden.

*
In der Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, die am Freitag bei sehr gutem Besuch in der Halle der Berlischule stattfand, wies der Geschäftsführer Moritz in einem umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Reichsbundes darauf hin, daß bereits Vorlage und Anordnung getroffen sei, daß wie im Deutschen Reich, so auch in Danzig am 1. November die Militärente in doppelter Höhe zur Auszahlung gehe. Weiter teilte er mit, daß im Vergleich mit den Vorjahren der Kreis berenteten, die in den Genuss der Winterbeihilfe kommen sollen, vom Wahlkreisamt wesentlich eingeschränkt ist. Nach den Grundsätzen des Wahlkreisamts kann eine Abgabe von Brennstoffmaterial zum ermäßigten Preise nur an die Feuerungskrankenfänger folgen. Zur Bezahlung der Winterbeihilfe wird deshalb der nächste fiktive Feuerungszuschuß in doppelter Höhe vorbestimmt und soll in vier Monatsraten wieder eingezahlt werden. Die Versammlung hielt diese Maßnahmen für unzureichend und erklärte, daß dieselben erweitert werden müssten. Eine rege Ausprache schloß sich den Ausführungen der Referenten an. In derselben wurde verlangt, daß die Einführung des Reichsversorgungsamtes nunmehr endlich etwas schneller betrieben wird, da die Kriegsopfer Danzigs bereits zwei Jahre darauf warten.

10.000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 28. bis 30. d. Wk. zum Preise von 10.000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 5000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 250-fachen Betrage des Nominalwerts.

Die Erteilung der Wandergewerbescheine. Die Steuerverwaltung der Freien Stadt Danzig fordert durch Bekanntmachung im Staatsanzeiger vom 14. d. Wk. diejenigen Personen, die im Jahre 1922 ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe zu betrei-

ben beabsichtigen, auf die Anmeldung schon jetzt zu bewilligen, da bei späterer Anmeldung nicht berücksichtigt werden kann, daß die Scheine vor Beginn des neuen Jahres zur Ausbildung gelangen. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen der Bewohner des Stadtteils Danzig werden von den zuständigen Polizeirevieren entgegengenommen.

Neue Räume im Baugewerbe.

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus unter Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Volksdardus Herren Weiß eine Versammlung sämtlicher Poliere und Schachtmeister statt, in der Genosse Brill über die Ablehnung des Abschlusses eines Tarifvertrages für Poliere und Schachtmeister letzters des Arbeitgeberverbandes sprach. Er ging ausführlich auf das Verhalten des Arbeitgeberverbandes ein. Die Unternehmer irren, wenn sie ihre Ablehnung dadurch begründen, daß der Tarifvertrag nicht gegründigt sei. Er durfte nicht gegründigt werden, weil er keine Kündigung vorschafft und ausdrücklich die Bestimmung in sich trägt: „Dieser Vertrag gilt vom Tage des Abschlusses bis zum 30. September 1923“. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes seien unbedarft, sonst hätten sie ihren Vertrauensleuten auf den Baustellen nicht eine solche Antwort geben können. Alles, was sie durch den leichten Streit der Bauarbeiter an der Allgemeinheit verschuldet haben, scheint fast an ihnen vorbeizugehen, sonst würden sie nicht gewaltsam neue Ressorts suchen. Nachdem noch einige Kollegen auf der Versammlung sprachen, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 10. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Danzig versammelten Poliere und Schachtmeister des Wohngebietes Danzig-Stadt nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes, durch das die Verhandlungen über einen neu abzuwickelnden Tarifvertrag abgelehnt werden. Sie beauftragen die Organisationsleitungen, den Arbeitgeberverband nochmals aufzufordern, in Verhandlungen über Abschluß eines Tarifvertrages zu treten. Sollte der Arbeitgeberverband dieser Aufforderung nicht nachkommen, so sind alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, um die Förderung der Poliere und Schachtmeister zur Durchführung zu bringen. Neben das Ergebnis dieses Aufrufes ist bis spätestens Sonnabend, den 28. Oktober, in einer gemeinsamen Versammlung Bericht zu erstatten.“

Teilstreiks in der Damenkonfektionsbranche.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird und geschrieben: Seit 8 Tagen befinden sich die Arbeiter und Arbeitnehmerinnen der Damenkonfektionsbranche bei den Damenkästnereien Fabriken Tanco, Dopsengasse 74, Baltic, Blücherstraße Nr. 72, Gohr u. Co., Poststraße 80 b und Nathan Schmajewitz, Breitgasse 118 im Streik. Diese Firmen sind erst im Laufe dieses Jahres neu gegründet worden, teils arbeiten sie mit holländischem Kapital. Zu wiederholten Malen haben wir bei diesen Firmen Lohnforderungen eingerichtet, aber nie eine Antwort erhalten. Sie erklären nur allein mit ihren Arbeitern verhandeln zu wollen, um diese bei den Verhandlungen besser übers Ohr hauen zu können. Mitte September wurden die letzten Forderungen eingereicht, bis Mitte Oktober hatten wir von einer Firma eine Antwort erhalten. Als dann vor dem Schlüchtungsausschuß kein Resultat erzielt wurde, traten die Arbeiter am 14. Oktober in Streik. Hierauf verlangten die Arbeitgeber sofortige Verhandlung mit der Bedingung, daß die Arbeiterschaft die Arbeit vorerst zu den alten Wohnsätzen wieder aufnehme. Die Arbeitnehmerinnen erklärten aber mit Stundenlöhnen von 15 bis 20 Mark nicht mehr auskommen zu können und den Kampf solange fortführen zu wollen, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind. Eine am 18. Oktober stattgefundene Generalversammlung im Bekleidungsgewerbe brachte den Streikenden ihre volle Sympathie zum Ausdruck und beschloß sie mit allen Mitteln bis zum entschlossenen Sieg zu unterstützen.

Wie man sich Betriebskapital beschafft. Der polnische Staatsangehörige Franz Formella kam nach Danzig, um hier, wie er angibt, Leute zur Landarbeit anzuwerben. Zu diesem Zweck gebrauchte er Handgeld für die Leute, das er nicht besaß. Nun ging er nach Langfuhr, um hier Geld zu borgen. Ein Polizeibeamter beobachtete ihn hierbei und gab als Zeuge folgende Erklärung: „F. begab sich mit 8 Personen auf den Rummelsplatz in Langfuhr. Dem Beamten kam das Verhalten dieser Darlehnssucher um so merkwürdiger vor, als es bereits Abend war. Als der Beamte näher ging, ließen drei Personen fort, und nur F. konnte gestellt werden. Ein Stall war erbrochen und fünf Männer lagen geschlachtet auf dem Boden, während ein Schwede auf dem Platz umherlief und auf sein Schicksal wartete. Ein Brett zu dem Nachbarstall, in dem Pferde standen, war auch bereits abgerissen. Der Angeklagte stand mit blutigen Händen dabei und wurde festgenommen. Er hatte sich nun vor dem gemeinsamen Schöffengericht zu verantworten und erzählte seine Geschichte, nach der er ganz unschuldig war. Die blutigen Hände hatte er nur vom Nosebluten. Das Gericht gewann die Überzeugung, daß der Angeklagte der Hauptläster war und verurteilte ihn wegen Einbruchsdiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis.“

Hochzeit mit Blei. Der Händler W. A. in Danzig und dessen Sohn, der Dreher P. A., hatten sich vor der Strafkammer wegen gewerbsmäßiger Hochzeit zu verantworten. In einer Chemischen Fabrik wurde Blei in größerer Menge gestohlen. Bei den Angeklagten wurde eine Haussuchung vorgenommen, wobei sich ergab, daß 220 Pfund von diesem Blei hier vorgefunden wurden. Die Angeklagten haben das Blei von unbekannten Personen gekauft. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten wegen gewerbsmäßiger Hochzeit 8 Jahre Zuchthaus. Das Gericht sah jedoch nur einfache Hochzeit als vorliegend an und erkannte auf je 6 Monate Gefängnis.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Der von der Reichsregierung dem Reichstag angestellte neue Gesetzesentwurf ist in einem vom Haushaltsausschuß eingelebten besonderen Unterabschluß fest durchverlesen. Er hat einige Änderungen erfahren und in folgender Form vom Haushaltsausschuß angenommen:

Monatliche Grundgehälter:

Gruppe 1: 9700 — 10 100 — 10 500 — 10 900 — 11 300 —
11 700 — 12 100 — 12 500 — 12 900 Mark.
Gruppe 2: 10 600 — 11 100 — 11 600 — 12 100 — 12 500 —
12 900 — 13 300 — 13 700 — 14 100 Mark.
Gruppe 3: 11 700 — 12 200 — 12 700 — 13 200 — 13 700 —
14 200 — 14 700 — 15 100 — 15 500 Mark.
Gruppe 4: 12 800 — 13 400 — 14 000 — 14 500 — 15 000 —
15 500 — 16 000 — 16 500 — 17 000 Mark.
Gruppe 5: 14 100 — 14 700 — 15 300 — 15 900 — 16 500 —
17 100 — 17 700 — 18 300 — 18 700 Mark.
Gruppe 6: 15 400 — 16 100 — 16 800 — 17 500 — 18 100 —
18 700 — 19 300 — 19 900 — 20 500 Mark.
Gruppe 7: 17 800 — 18 100 — 18 800 — 19 500 — 20 200 —
20 800 — 21 600 — 22 300 — 23 000 Mark.
Gruppe 8: 19 600 — 20 500 — 21 400 — 22 300 — 22 900 —
24 100 — 25 000 — 25 900 Mark.
Gruppe 9: 21 500 — 22 600 — 23 700 — 24 800 — 25 900 —
27 000 — 28 100 — 29 100 Mark.
Gruppe 10: 24 400 — 26 800 — 27 300 — 28 600 — 30 000 —
31 400 — 32 700 — 34 000 Mark.
Gruppe 11: 27 500 — 29 800 — 31 100 — 33 300 — 34 500 —
36 200 — 37 900 — 39 600 Mark.
Gruppe 12: 32 500 — 35 000 — 37 500 — 40 000 — 42 500 —
45 000 — 47 500 Mark.
Gruppe 13: 42 000 — 47 000 — 50 000 — 57 000 — 62 000 Mark.

Einzelgehälter:

Gruppe 1: 62 000 Mark.	Gruppe 2: 70 000 Mark.
Gruppe 3: 84 000 Mark.	Gruppe 4: 86 000 Mark.
Gruppe 5: 108 500 Mark.	Gruppe 6: 110 000 Mark.
Gruppe 7: 155 000 Mark. (monatlich).	

Ortsausfälle:

24½ 11 600 Mark: A 2400 Mark, B 1900 Mark, C 1700 Mark.
D 1900 Mark, E 1200 Mark.
24½ 12 000 Mark: A 3000 Mark, B 2400 Mark, C 2100 Mark.
D 1800 Mark, E 1500 Mark.
24½ 15 400 Mark: A 3600 Mark, B 2900 Mark, C 2500 Mark.
D 2200 Mark, E 1800 Mark.
24½ 17 500 Mark: A 4200 Mark, B 3400 Mark, C 3000 Mark.
D 2500 Mark, E 2100 Mark.
24½ 22 600 Mark: A 4800 Mark, B 3800 Mark, C 3400 Mark.
D 2600 Mark, E 2400 Mark.
Bis 32 800 Mark: A 5400 Mark, B 4800 Mark, C 4200 Mark.
D 3200 Mark, E 2700 Mark.
Neben 32 800 Mark: A 6000 Mark, B 4800 Mark, C 4200 Mark.
D 3200 Mark, E 3000 Mark.

Rinderzuschläge:

Bis 6 Jahren 2000 Mark, von 6 bis 14 Jahren 2500 Mark, von 14 bis 21 Jahren 3000 Mark.

Lebenszuschläge zum Grundgehalt, Ortsausfall und Rinderzuschlag:

Vom 1. bis 16. Oktober 8 Prog. vom 17. bis 31. Oktober 11 Prog. Rinderzuschlag monatlich 1000 Mark.

Dieser Entwurf geht nunmehr an das Plenum, das endgültig darüber entscheiden wird. Doch dürften erhebliche Änderungen kaum noch erfolgen.

Die Freie Turnerschaft Langfuhr

lann am 28. Oktober auf das einzjährige Bestehen zurückblicken. Geboren in einer Zeit, wo die bürgerlichen Sportvereine in nationalsozialistischen Tumulten und mit Hilfe einer reaktionären Regierung sich obenauf hielten, hatten es einige Arbeiterturner unternommen, eine „Freie Turnerschaft Langfuhr“ zu gründen. War dieser Gedanke auch schon lange zuvor in Auge gesetzt worden, so gab doch erst der 4. August v. J. bei reicher Anlauf dazu, als die bürgerlichen Sportler an diesem Tage die Schergendienste der Reaktion mit verrückten Gründen, indem sie sich unter Führung von Staatsanwälten und anderen monarchistischen Akademikern in die mit Unrecht von der Allgemeinheit bezahlte Einwohnerwehr einrücken ließen und sich dadurch um jede Achtung Andersdenkender brachten. Dieses Verhalten führte zur reaktionären Scheidung. Wenn jetzt nach einem Jahre dieser kleinen und tapferen Gründerschar gedacht wird, so kann gesagt werden, daß die innewohnde Gründungsarbeit nicht umsonst gewesen ist. Geroede für Langfuhr will diese Gründung viel befürworten, wenn man bedenkt, daß der einzige am Ort bestehende bürgerliche Verein (Männerturnverein, Abteilung Langfuhr) schon über 30 Jahre besteht. Und wenn von dieser Seite damals geglaubt wurde, daß ein Emporkommen des neuen Vereins nicht möglich sei, so sind diese Zweifler bald eines anderen belebt worden, und mit Recht sehen sie jetzt auf den ständigen Zustrom in die „Freie Turnerschaft“. Aus einem kleinen Häuslein ist eine stattliche Mitgliederzahl geworden. Trotz aller Einschränkungen und Liebedenker wird das Emporblühen der „Freien Turnerschaft Langfuhr“ nicht verhindert werden können. Schreiten die Arbeiterturner rüstig auf dem eingeschlagenen Wege weiter, dann wird der Erfolg auch weiterhin nicht ausbleiben.

Zum Gedenktag des einzjährigen Bestehens feiert die „Freie Turnerschaft“ am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 Uhr im großen Saale des Kleinhammersparks das erste Stiftungsfest. Ein vielseitiges Programm wird allen Teilnehmern Gelegenheit geben, die technische Ausbildung bei „alt“ und „jung“ in Augen zu nehmen. Neben Gesangsvereins von 1891 ist auch sonstige Unterhaltung reichlich Sorge getragen. Freunden und Gönner des Vereins kann der Besuch dieser Veranstaltung nur empfohlen werden.

Danziger Nachrichten.

Schuhmacher-Gemeinde.

Während die freien Kraftschriftenredakteure die Verhandlungen ihrer Gewerkschaften bewilligt haben, ist es so der Verbandsräte nicht und weiterhin in Schuhmacherschulen. Ein vermitteltes Guteheil des Deutschen Reiches beantwortet er in folgender beschönigender Weise:

"Wir behalten den Empfang Ihres Schreibens vom 18. 9. 1918 und teilen Ihnen hierauf mit, daß wir ein Interesse haben, das Vertrags unterzulassen werden, und vielmehr an unserem vorigen Angebot festzuhalten werden."

Derne teilten wir mit, daß wir mit dem Verbandsrat in keine Verhandlung eintreten, sondern wie bisher mit unseren Kraftschriftenredakteuren selbst verhandeln wollen. Sie haben bis jetzt noch häufig den Hochsitz ohne den Verbandsrat erhöht. So wurde uns erst der Vertrag von 220 Mark gefordert, als wir schon 100 Mark zahlten. Es ist unserer Ansicht nach immer am besten, wenn jeder Vertrag mit seinen Angehörenden selbst verhandelt. Desgleichen wünschen wir, daß die Belastigungen in der Zeitung zurückgenommen werden, und die Belastigungen in Losalen und Prospekten unverbleiben."

So sehr die Kraftschriftenredakteure auch ihren bisherigen Herrschungsstand aufrecht zu erhalten suchen, werden sie sich, wenn sie noch sehr berühmten Vorbildern nachsäumen, doch dazu bequemmen müssen, die Organisation der Angehörigen als gleichberechtigt anzuerkennen.

Der Mord aus Eifersucht.

Am Sonnabend hatte sich der 40 Jahre alte Schuhmacher Johannes Kowalski aus Petershagen erneut vor dem Schwurgericht zu verantworten, nachdem in der Vorwoche die Verhandlung vertagt worden mußte, weil ein wichtiger Zeuge fehlte. Der Angeklagte hat am 10. Juli d. J. das 22 Jahre alte Hausmädchen Margarete Lewandowski aus Eifersucht auf offener Straße erschossen. Kowalski betrieb in Petershagen eine Schuhmachererei, wodurch er die Bewandtniß kennen lernte, die ihn dann auch häufig besuchte. Es entwickelte sich ein sehr intimes Verhältnis zwischen den beiden, das vom vergangenen Herbst bis diesem Frühjahr dauerte. Da R. wegen körperlicher Gebrechen keinerlei Vergnügungen besaß, hatte die R. das Bedürfnis, mit einem weniger alten Manne zum Tanz zu gehen. Der Schuhmacher machte seine Braut mit einem jungen Freund bekannt, der mit ihr ein Tanzlokal aufsuchte. Die Folge war, daß die R. auch mit anderen jungen Leuten Vergnügungsorte aufsuchte. Es kam dann zu Eifersuchtszenen. Als das Mädchen das Verhältnis ldetzte, soll der Angeklagte die R. bedroht haben. Es kamen in der Verhandlung auch zwei Briefe des R. zur Verleistung, aus denen die Absicht der Tötung des Mädchens hervorgeht. Am 1. Juli fand die legitime Auseinandersetzung zwischen den beiden statt, bei der R. bereits schwere Drohungen gegen die R. austieß. Etwa 14 Tage nach dieser Auseinandersetzung traf Kowalski seine leidhafte Braut vor einer neben seiner Wohnung befindlichen Metzgerei. Das Mädchen soll ihn dabei geringfügig behandelt haben. Der Eifersüchtige eilte nach seiner Wohnung, holte einen Revolver und schoss auf das Mädchen, als es in den Laden eintreten wollte. Die Getroffene brach tödlich verletzt zusammen. Kowalski flüchtete, stellte sich aber nach einigen Stunden der Polizei. Nach der Anklage hatte der Angeklagte die Tat schon längere Zeit beachtigt.

Von besonderer Wichtigkeit war die Frage, ob der Angeklagte geistig minderwertig oder für seine Tat voll verantwortlich ist. Die beiden Sachverständigen, die R. 14 Tage lang im Gefängnis beobachtet haben, sind zu seinem abschließenden Urteil gekommen. Sie

meineten, daß Kowalski eine geistige Verzerrung habe, welche die Tötung des Mädchens auf die Unterdrückung seines Eifersuchtsgefühls hinzuführen.

Diejenigen der mindestens halben Bevölkerung mit Besitzberufen. Das Mindest-Möglichste ist eine in der heutigen Nummer unserer Zeitung eine Bekanntmachung über die Belastigung der mindestens halben Bevölkerung mit Berichten. Solches hat bei den aus der Bevölkerung entstehenden Wahlen und zu den abgegebenen Stimmen zu tun. Eine Reihe Brüder und Schwestern sind in diesen verschiedenen Industrien, Alter, Einfall, Bildung und Kaufmanns- und Gelehrtenzweigen, die durch ihre Verdienste über dem Möglaburden Nutzen auf Winterbeihilfe für 1922/23 rechnen haben.

Diese Schwerpunktsetzung im Gesetzgeber ist kein Zufall mehr. Auf Grund von Beobachtungen möglichen dem Arbeitsgebietsverband ist der Orts Werder und den Bauarbeiterorganisationen beträgt vom 1. Oktober ab der Grundbetrag für Männer und Zimmerarbeiter 150 Mark, für Dienstleister 120 Mark und für Handarbeiter 100 Mark.

An die Orts- und Bezirkspartei der Freien Stadt Danzig!

Werte Genossinnen und Genossen!

Auf Grund des § 10 des Organisationsstatutes befreien wir den diesjährigen

außerordentlichen Parteitag

auf Sonnabend und Sonntag, den 18. und 19. November 1922, abends 18 Uhr beginnend, nach Tantum, Bürgergarten Steppuhn, Karthausstraße, ein.

Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt festgelegt:

1. Wahl der Leitung des Parteitages.
2. Erstattung des Geschäftsberichts. (Gen. Blak.)
3. Erklärungnahme §. Einigungsfrage. (Gen. Poops.)
4. Anträge.

Wir ersuchen die Orts- und Bezirksparteien, sofort zu diesem Parteitag Stellung zu nehmen und die Delegierten zu wählen. Nach § 9 Absatz 1, entsenden die Vereine bis zu hundert Mitglieder einen, bis zu zweihundert Mitgliedern zwei, bis zu dreihundert Mitgliedern drei, bis zu sechshundert Mitgliedern vier, bis tausend Mitgliedern fünf, über tausend Mitglieder für je zweihundert einen Delegierten mehr.

Die Namen der gewählten Delegierten sind dem Landesvorstand baldigst mitzuteilen, damit den Personen die Mandate ausgestellt werden können. Anträge für die Tagesordnung sind spätestens zwei Wochen vor dem Staatsfesten bei uns einzureichen. Weitere Mitteilungen gehen den Vereinen direkt zu.

Mit Parteigruß
Der Landeskonsort.

Verlängerungen für Beamte. Die Beamten die auf Veranlassung der Behörde den Urlaub in der Zeit vom 1. November bis 30. April nehmen müssen, erhalten einen Zusatzzurlaub bis zu höchstens 7 Tagen; fällt der Urlaub nur zum Teil in die vorbezeichnete Zeit, so verringert sich der Zusatzurlaub entsprechend.

Ermittelter Betrüger. Ein Kaufmann aus Marburg hielt sich vor einiger Zeit in Danzig auf und wollte in Deutschland Waren einkaufen. Er lernte hier einen A. kennen der ihm erbot, für ihn die Räume in Deutschland zu besorgen. Er vertraute A. und gab ihm 400000 Mk. Von diesem Gelde fuhr A. ab, meldete sich noch einmal aus Stettin und war dann spurlos verschwunden. Der betrogene Kaufmann beauftragte einen Detektiv mit der Verfolgung des A. Schon nach kurzer Zeit gelang es A. in Berlin-Wilmersdorf zu ermitteln wo er unangemeldet wohnte, und er konnte hier noch den Betrag von 388000 Mk. abgenommen werden.

gesanglich bot sie wieder die einzige Leistung des Rheins, die als unbedingt vollwertig bezeichnet werden muß, doch wird sie sich immerhin von jener bei ihr anwesenden aufstreitenden Neigung, in ganz undeutlicher Art die Töne ineinanderzustellen, hüten müssen.

Von Julius Schönholz kann ich nur sagen, daß er sich der Ausgabe, die die mit Recht gesuchte Partie an den Sängern hält, mit leidlichem Widerstand entledigte. Seine Entwicklung ist noch derart technisch beständert, daß, wenn er nicht vollkommen unkennt, von einer auch nur annähernd wertigen Divisionsleistung nicht gesprochen werden kann. Auch Theo Chemnitz (Pizzetti) hat noch ein tüchtiges Studi bis zur Meile. Aber seit ihm vor etwa zwei Jahren in Königsberg hörte, hat er sich so verworfen, daß man von ihm wohl noch schöne Leistungen zu erwarten hat. Chemnitz weiß er noch sehr wangelhaft. „Ar. Karbach“ (er stirbt) liegt er neben anderen. Hier keine dramatische Leistung hatte Kraft und starke Dringung und auch, daß dieser Sänger ein Meister ist, fast Hoffnungsgewandt. Bei einem himmlisch klängedienlichen deutlich besser. Otto Mautz sang den Scherzstück, er ist ganz gewiß ein Sänger von Qualität und seine klassische Kultur steht auf hoher Stufe. Er warheim abgedungen und namentlich im Dialog vorzüglich seine Leistung war, so steht er stimmlich doch gar sehr ausdrücklich. Die Goldarie ging daher im ersten Teil fast ganz verloren; absehbar stand er in dem hier zu stark treibenden Orchester wenig Unterstützung. Wenn dem etwas matt gespielt, aber im allgemeinen kompatibel gebliebenen Jaquins des Walter Wagners stand die Marianne der Carl Goldtisch als murkige Darstellerin aber Sängerin mit unerträglichen hohen Tönen und jedem Herausholen des Jones der Beethoven geraden mittleren Gesichts schlägt. Den Minister Richard Lindemann habe ich nicht mehr gehört; aber er soll seine kleine Partie willkürlich und angemessen durchgeführt haben. Einen durchaus ungewöhnlichen Eindruck hinterließen auch die beiden Straßensänger, die von Willi Karbaum und Georg Karbex vertreten wurden. Auch der Gesangverein sang weit erfreulicher als bei früheren Aufführungen.

Wohl kaum der beste Vorbildern gleich wird. Auch

die Wiederholung der Konzerte der beiden großen Chöre und Chorale kann am Vortag nicht mehr aufgeführt werden. Das ist ausdrücklich gesagt, und es ist schwer zu verstehen, wie eine solche Konzertreihe in Danzig zu gestalten ist. Das ist sicherlich sehr leicht, daß Wiederholungen mit bestem Erfolg stattfinden.

Der Danziger Deputierte bei der politischen Versammlung. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig, der am 18. Oktober die Sitzung der Bürgerversammlung in Danzig besuchte, mit bestem Erfolg bei einer kleinen Versammlung, die am 18. Oktober stattfand.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Der Danziger Deputierte bei der politischen Versammlung. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Die Gründung des Kreisgebietes. Gestern Abend, Freitag, den 18. Oktober, war der Deputierte vom Kreisgebiet der Stadt Danzig die Sitzung des Kreisgebietes besucht.

Amtliche Bekanntmachungen.

Berordnung.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Beleichtung von Preisverfassungsfehlern und die Verfassungsergelang vom 25. 9. 1918 (R. O. B. S. 607) und zur Sicherung der Volksversorgung vom 22. 8. 1918 (R. O. B. S. 401) wird für das gesamte Gebiet der Freien Stadt Danzig folgendes angeordnet:

I. 1. Die Ausläufer, die noch im Bezirk von Marienburg sind, haben diesen auf die bis zum 15. Oktober d. J. abgängigen Güterkarten noch bis zum 20. Oktober d. J. abzugeben.

I. 2. Die Ausläufer, die Marienburg verlassen haben, haben bis zu 28. Oktober mit der Güterkarte — Wiesenfaserne — über die getomte verlausie Menge abzurechnen.

I. 3. Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehörten oder nicht, eingezogen werden.

I. 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Danzig, den 21. Oktober 1922
Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Sahm.

Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Speisekartoffeln.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Oktober 1922 soll die minderbemittelte Versorgung der Freien Stadt Danzig mit Speisekartoffeln versorgt werden.

Nur minderbemittelt gilt nur derjenige Danziger, dessen Monatseinkommen im September 1922 den Betrag von 8000 Mark nicht überschreitet hat. Dabei wird das Einkommen sämtlicher in einem Haushalte lebender Familienangehöriger zusammengezählt.

Vom Beute verfügbaren Kartoffeln sind ausschließlich die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Kartoffelerzeuger, d. h. Personen, die mehr als 200 Quadratmeter Acker oder Gartenland mit Kartoffeln bebaut hatten.

Auch erhalten minderbemittelte Angestellte und Arbeiter dann keine verfügbaren Kartoffeln, wenn ihr Einkommen im September 1922 nur infolge Gewiss oder verschuldet Arbeitslosigkeit unter 8000 Mark geblieben ist.

Wertug das Familieneinkommen im Haushalt im September 1922 nicht mehr als 8000 Mark, so erfolgt die Abgabe von Kartoffeln unentgeltlich.

Bei einem Familieneinkommen im September 1922 von 2000 bis 8000 Mark beträgt der Preis für den Zentner Kartoffeln 70 Mark.

Bei einem Familieneinkommen im September 1922 von 8000 bis 4000 Mark beträgt der Preis für den Zentner 150 Mark.

Bei einem Familieneinkommen im September 1922 von 4000 bis 2000 Mark beträgt der Preis 150 Mark.

Die Empfänger haben die Kartoffeln von der im Bezugsbereich bezeichneten Lagerstelle selbst abzuholen.

Zur jed. verfügbaren Kartoffel ist der Betrag auf 8 Centner festgesetzt.

Die Zuweisung von verfügbaren Kartoffeln erfolgt auf Antrag, der in nachfolgenden Stellen und zu den angegebenen Seiten zu stellen ist:

Für Danzig-Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petritschule, Hanaplatz oder Wiesenfaserne, Flügel A, Eingang Wallplatz;

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H. Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P. Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z. Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Danzig: Mädchenhalle Bahnhofstraße:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.

Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.

Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.

Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentzehaus, Brüder und Weißfelsmühle: Knabenschule, Kaiserstraße:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H.

Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P.

Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z.

Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Schule von St. Albrecht:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Bei Beleichtung des Antrages und Steuerausweispapiere sowie Protausweisplaketen der örtlichen Hammillanerhöfen vorzulegen.

Wenn die Antragsteller nicht im Besitz von Steuerauskarten sind, so haben sie ihre neuzeitliche Veranlagung zur Einflussnahme durch genehmehrliche Beleichtung nachzuweisen.

Die im Dienstverhältnis stehenden Antragsteller haben außer dem Dienstgefeß auch eine Beleichtung des Arbeitgeberes über die Höhe des Einkommens im September 1922 vorzulegen.

Sowohl im Haushalt mehrere Angehörige in Dienstverhältnissen stehen, so für jeden von ihnen eine Beleichtung des Arbeitgebers erforderlich.

Invaliden-, Alters-, Unfall-, Witwen- und Waisenrentenempfänger und Kleinrentner, die bei ihren Verbänden oder beim Wohlfahrtsamt Anträge auf Verabfolgung von Winterbeihilfen für 1922/23 gestellt haben, brauchen keine Anträge auf Kartoffelbeschaffung nicht zu stellen.

In besonderen Bedürfnissfällen können nach Ablauf der oben angegebenen Tage noch nachträglich Anträge beim Wohlfahrtsamt, Wiesenfaserne, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.
Gärt. Wohlfahrtsamt.

Einmalige Beschaffungsbeihilfe für Empfänger von Invaliden-, Unfallrenten pp.

1. Gemäß Gesetz vom 29. 9. 1922 soll eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Empfänger von Invaliden-, Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten, sowie Invaliden der ehemaligen Staatsbetriebe, deren Witwen und Waisen und bedürftige Brillenblinde gedahlt werden.

2. Die Beschaffungsbeihilfe wird nur Danziger Staatsangehörigen gewährt.

3. Personen, welche die Beschaffungsbeihilfe aus anderen Gründen begehren, haben bei Stellung des Antrages eine Beleichtung ihrer Vermögenshöhe oder Einkommenshöhe vorzulegen, daß sie mehr als 50 Prozent erwerbsfähig sind und nicht nach dem deutschen Gesetz vom 11. 4. 21 oder dem Danziger Gesetz vom 27. 9. 21 erhöhte Rente haben.

4. Personen, welche die Anwartschaft auf die Rentenraten verloren haben, jedoch Invaliden sind und 15 Beträgen fiktiv zugeschlagen haben, müssen bei Stellung des Antrages ihre Beleichtung durch eine Beleichtung der Landesversicherungsanstalt in Danzig nachweisen.

5. Die Beschaffungsbeihilfe erhalten nicht solche Personen, die in vollbezahpter dauernder Beschäftigung stehen. Sie wird jedoch geachtet denjenigen Personen, die ihre vollbezahltene dauernde Beschäftigung erst nach dem 1. 7. 1922 erhalten haben.

Personen erhalten solche Personen die Beschaffungsbeihilfe nicht, die Gewerbeslosenunterschaltung begleiten.

6. Die Gewährung der Beihilfe erfolgt auf Antrag, der von den in der Stadtgemeinde Danzig Wohnenden in nachfolgenden Stellen und zu den angegebenen Seiten zu stellen ist:

Für Danzig-Stadt nach Wahl der Antragsteller: Petritschule Hanaplatz oder Wiesenfaserne, Eingang Wallplatz, Flügel A:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H. Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P. Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z. Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Langfuhr: Mädchenhalle Bahnhofstraße:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H. Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P. Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z. Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Rentzehaus, Brüder und Weißfelsmühle: Knabenschule, Kaiserstraße:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H. Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P. Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe Q-Z. Montag, den 30. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für Hendrike und Kreuz: In der Nahrungskartenstelle in Albrechts Hotel:

Donnerstag, den 26. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe A-H. Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, Buchstabe I-P. Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr, für alle Buchstaben.

Für St. Albrecht: In der Schule von St. Albrecht:

Freitag, den 27. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Sonnabend, den 28. 10. 22, nachm. 2-6 Uhr.

Die Rentenausweispapiere und Brotdankwelsarten sind mitzubringen.

7. Eine Antrag brauchen zunächst nicht zu stellen diejenigen Personen, die auf Grund der Gesetze über die Unterhaltung der Sozialrentenempfänger vom 10. 8. 1922 und vom 18. 5. 1922 bereits im Mai/Juni d. J. Anträge auf Unterhaltung bei dem Wohlfahrtsamt oder den hierzu geschaffenen Ausnahmestellen (Schulen) gestellt haben. Diese Personen erhalten die Beschaffungsbeihilfe auf Grund der bereits vorhandenen Vergütungen bei Vorliegen der Voraussetzungen.

8. Die bewilligten Beträge werden den Empfängern auslandt.

9. Im Interesse der Rentner liegt es, die oben angegebenen Seiten innerhalb zu halten. In besonderen Bedürfnissfällen können Anträge nach Ablauf der oben angegebenen Tage auf dem Wohlfahrtsamt, Wies. faserne, Flügel A, Eingang Wallplatz, gestellt werden.

Danzig, den 21. Oktober 1922.

Gärt. Wohlfahrtsamt.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7½ Uhr:

Gastspiel

Otto Reutter

der deutsche Meisterhumorist.

Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen

und das glänzende Programm II

LIBELLE:

Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett

anschließend Wein-Kabarett.

Vorverkauf 10-1 Uhr Ohr. Preymann.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in

kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Ciehl & Co.,

Danzig, Am Spendhaus 6. Telefon 3290

Büro: Heveliusplatz 1-2, 2 Trep., Zimmer 78-80

1 Waschkessel,

1 Bank, Bettgest.

1 Brautschleier

zu verkaufen.

Roll, Schluhaugasse 26.

Pa. Schraubstock

für neu, 4 leere Uhru-

mlatoren. Gläser nebst

Kästen zu verkaufen.

Wobargasse 7, 2 Tr.

Die Hefte Nummer 1 bis 8

der Monatszeitschrift

sind erschienen.

Preis pro Heft Mark 7,50.

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

— sind erschienen. —

1. Volkstümliches Symphonie-Konzert

der Philhar. Gesellsch. Stadttheaterorchester,

Leitung Prinz. Programm: Beethoven-Symph. I,

Roger, Mozart-Variationen, Oberon-Overtüre,

Populäre Preise 10, 20, 30 M., John & Rosenberg.

Dienstag, den 24. Oktober, 7½ Uhr: nov

1. Volkstümliches Symphonie-Konzert

der Philhar. Gesellsch. Stadttheaterorchester,

Leitung Prinz. Programm: Beethoven-Symph. I,

Roger, Mozart-Variationen, Oberon-Overtüre,

Populäre Preise 10, 20, 30 M., John & Rosenberg.

Dienstag, den 24. Oktober, 7½ Uhr: nov

1. Volkstümliches Symphonie-Konzert

der Philhar. Gesellsch. Stadttheaterorchester,

Leitung Prinz. Programm: Beethoven-Symph. I,

Roger, Mozart-Variationen, Oberon-Overtüre,

Populäre Preise 10, 20, 30 M., John & Rosenberg.

Dienstag, den 24. Oktober, 7½ Uhr: nov

1. Volkstümliches Symphonie-Konzert